

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.

Briefzettel Nr. 20.

Postfachkonto: Dresden 1509

Großpostamt Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Nr. 235.

Montag, 8. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabuzahlung, für die Zeit vom 6. bis 12. Oktober 1923 ist 100 Millionen Mark. Entgelte für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Ausgabe (6 Seiten) 120 M.; die 80 mm breite Reklamezeile 400 M.; zeitraubender und tabellarischer Text 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Bettpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfacht mit der am Tage der Aufnahme gültigen Abrechnungszeitzahl. Feine Tafeln, bestätigter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlung und Erfüllungsort: Riesa. Vom tägliche Unterhaltungsbeitrag „Gräbler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Versicherungsseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotaionsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Strelmann. Riesa. Für Anzeigenstell. Michaelisstrasse 10. Schätzzeit: 100000.

Die Regierungserklärung im Reichstag.

Die neue Reichsregierung.

Fest unveränderte Zusammensetzung.

Berlin. Das neue Reichskabinett sieht sich wie folgt zusammen:
Reichskanzler: Dr. Stresemann, gleichzeitig mit der
Führung der Geschäfte des Außenwirks beauftragt.
Reichsminister für Wiederaufbau: Schmidt (Btr.).
Reichsminister des Innern: Sollmann (Soz.).
Finanzminister: Dr. Luther (D. Vo.).

Wirtschaftsminister: Dr. Koeth.

Reichs-Arbeitsminister: Dr. Brauns (Btr.).

Reichs-Justizminister: Dr. Radbrück (Sop.).

Reichs-Werkeinister: Dr. Gehler (Dem.).

Reichs-Verteidigungsminister: Oester (Dem.).

Reichs-Ernährungsminister: noch unbekannt.

Minister für die besetzten Gebiete: H. A. (Btr.).

(Die Meldung, die uns am Sonnabend nachmittag leider erst nach Druckbeginn der Zeitung zinging, haben wir bereits durch Ausshang bekannt gegeben.)

Deutscher Reichstag.

vgl. Berlin, 8. Oktober. Um Regierungssitzes Reichskanzler Dr. Stresemann, Arbeitsminister Dr. Brauns, Innensenator Sollmann, Justizminister Dr. Radbrück, Werkeinister Dr. Gehler, Verkehrsminister Oester, Postminister Höfe, Finanzminister Dr. Luther, Wirtschaftsminister Dr. Koeth.

Präsident Lößle eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Min. Kommunistische Anträge, die die Auflösung der bayerischen Streikverordnung und der Vorzensur des Wehrministers für Nachrichten über Unruhen fordern, werden nach kurzer Begründung durch den Abg. Roemer (Kommu.) und Höflein (Kommu.) mit zur Beratung gestellt. Das Erwähnungsgesetz und das Währungsgesetz werden vorläufig noch von der Tagesordnung abgesetzt.

Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Stresemann

erhält sofort das Wort. Er wird von den Kommunisten mit lärmenden Zurufen empfangen. Sie rufen „Der Vertreter von Stinnes! Die Kultisse für Stinnes!“ Reichskanzler Dr. Stresemann erklärt: „Ich will hier über die Reibildung der Reichsregierung sprechen. Ich kann den Herren Zivilisten versichern, dass Herr Stinnes mit dieser Reibildung nichts zu tun hat. Der Vergleich mit der Kultisse ist daher sehr wenig angebracht. (Heitere Zustimmung.)

Der Reichskanzler weist dann darauf hin, dass die Regierungsbildung sich auf parteipolitischer Grundlage vollzogen hat. Nun ist als Wirtschaftsminister eingetreten Dr. Koeth, Finanzminister wurde Dr. Luther. Das Ernährungsministerium soll noch mit einem Vertreter aus dem Handelswirtschaft bekleidet werden. Der Reichskanzler hebt dann hervor, dass die Vorgänge der letzten Tage sehr scharfe Kritik erfahren haben, dass man gesagt habe, der Parlamentarismus habe verklagt. Demgegenüber müsse gefragt werden, ob denn nicht auch die Wirtschaft verklagt habe, indem sie sich dem Staate nicht zur Verfügung stellte. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Der Kanzler verweist auf die dauernden Bemühungen, zu den Ministerien der Wirtschaft, der Finanzen, des Verkehrs und der Post, Männer des praktischen Lebens heranzuziehen, die in dem Geiste solcher Verbindlichkeiten einen wesentlichen Grund zum Vertragen der Staatsverwaltung führen. Die sich zur Verfügung stellten, waren fast immer aus dem Beamtenamt zur Wirtschaft gekommen.

Der Parlamentarismus führt nun nicht ab absurdum durch Resolutionen, sondern durch praktische Mittelarbeit, indem man zeigt, dass man die Dinge besser zu meistern vermag. Die Vorgänge der letzten Tage gaben gewiss zu beträchtlicher Kritik Anlass. Aber es ist ein Irrtum, zu glauben, dass es sich um einen Kampf, um eine andere politische Einbildung handelt. Wir traten an den Reichstag heran, um ein Erwähnungsgesetz zu erhalten. Das Kabinett wollte Vollmachten, die weit hinausgehen über das, was jemals ein Kabinett an Vollmachten besaß. Es war ganz klar, dass bei der Bedeutung der Sachlage dem Kabinett nicht eine Blankvollmacht gegeben werden konnte, sondern dass man sich klar machen müsste, wenigstens über die Grundlinien der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Bei der Bedeutung dieser Frage entstanden die Differenzen, die sich bei der Reibildung des Kabinetts gesezt haben.

Der Kanzler geht dann auf die

außenpolitischen Verhältnisse

über und bedauert die deutschationale Kritik an der Einschätzung des passiven Widerstandes. Der Kämpfer, der seit Januar unter Verdrückungen und Gewalttätigkeiten geführt wurde, habe eine seelische Depression ausgelöst. Die Idee des Widerstandes konnte nur sein, durch den Schaden, den er den Einbruchsmächten zufügte, diese zu zwingen, mit uns den Weg der Verhandlungen zu gehen. Man kann wohl die Frage aufrufen, ob mit den passiven Widerstand beendunglos ausgehen durften. Naturgemäß musste sich aber ergeben, dass die Wirkung des passiven Widerstandes sich abschwäche.

Niemand hätte im Januar geglaubt, dass das deutsche Volk neun Monate lang derartige Verdrückungen ertragen würde. Die Bevölkerung hat etwas ertragen, das über das Maß und die Grenze dessen geht, was Menschen irgendwie ertragen können. (Lebhafte Beifall.) Die Situation, die wir vorhanden, war die eines nicht mehr auf der Höhe stehenden Widerstandes. Je schwächer der Widerstand wurde, desto schwerer wurde es, ihn irgendwie diplomatisch für Deutschland auszunutzen. Das Versagen auf finanziellem und materiellem Gebiet zeigte den Einbruchsmächten wie ein Barometer, wie es mit uns stand. Den

gebiet und der Kampf um die Menschheitsrechte der Bevölkerung. (Lebhafte Beifall.)

Die deutsche Anfrage über die Wiederherstellung geordneter Zustände im befreiten Gebiet ist nicht bearbeitet worden, sie soll wiederholt werden. Offenkundig wäre es, wenn kein Eid von den Beamten gefordert würde. Unter ihm steht dort, unter diesem Land, unter die Hoheit in diesem Lande. (Stürmischer Beifall.) Das bleibt bestehen, und soll bis in alle Zukunft so bleiben. Frankreich hatte die Gelegenheit, einen Verständigungswillen zu zeigen. Unter Wille ist der der Verständigung. Aber es gibt eine Grenze der Wille des deutschen Volkes. (Beifall.) Der Kanzler verweist auf die Ereignisse im Volke, die sich hier und da in schärferer Form bemerkbar gemacht habe. Fragen der Staatsform und der Dynastie müssen in der jeweilen Zeit dem Gemeinschaftsgeist völlig fern stehen. Notwendig war die Verhängung des Ausnahmezustandes. Es sollten Vorgänge verhindert werden, die in den Krieg der Bürger gegen die Bürger hineingebrochen hätten. (Gefahr der Kommunisten: Bayern!) Die Bewegungen in Bayern, die sich Märsche von Bayern nach Berlin anführten, konnten an sich durchaus die Notwendigkeit ergeben, den Ausnahmezustand zu verhängen, um die Dinge Herr zu werden. (Abg. Rommel: Komm.: ruft: Verlogenheit! und erhält einen Diskussionsrat.) Die Nichtslage über das Nebeneinander der beiden Verordnungen sei nicht zweitaktiv, da Reichsrecht den Landesrecht vorausgehe.

In Bayern handele es sich um eine einseitige Maßnahme. Aus diesem Grunde sei davon abgesehen worden, die Auflösung der bayerischen Verbindung zu fordern. Es sei zu hoffen, dass das Nebeneinander der beiden Verfassungen möglich ist. (Fürm der Kommunisten und Rufe: Revolution vor Bayern!) Es wäre eine falsche Staatskunst, hier das Reich auszuprobieren gegen Bayern, mit dem wir innerlich zusammenarbeiten müssen. (Beifall.) Nicht gebuhlt werden könne die Jünglingskraft, mit der man in Bayern Institutionen angegriffen, die heraus bleiben müssen aus dem politischen Kampf. (Lebhafte Beifall.) Das gilt z. B. von der Person des Reichspräsidenten. Der Kanzler wendet sich auch gegen die Kritik des „Politischen Beobachters“ gegenüber dem General von Seckel. Das sei eine unverantwortliche Haltung, die jeder anständige Mensch verurteilen müsse. (Beifall.)

Gegenüber den Berichtigungsberichtigungen in Bayern sollte man sich ein Beispiel nehmen an der Art, wie im befreiten Gebiet der Gedanke der nationalen Einheit sich gezeigt habe, einmal in der Landesabteilung in Arolsen und dann in der kleinen Abwehr in Büffeldorf. Leider führt man den Kampf gegen den Staat, weil man die Partei nicht möge. Welche Partei reagiere und welche Regierung, das sei Epitobe. Ob aber das Deutsche Reich bleibe, das werde Godot sein. Wenn verbrecherische Naturen glauben, durch Aufrüstung und Gewalt gegen den Staat antreten zu dürfen, so sei in diesem Falle kein nationaler Gedanke zu sehen. Wir haben genau gelitten vom Feind, wir wollen nicht selbst das Grab noch weiter schaufeln. Der Reichskanzler erinnert im Zusammenhang damit an die Vorgänge in Kästner. Die Reichswehr hat ihre Pflicht getan und damit diejenigen zum Schweigen gebracht, die das Vertrauen zur Reichswehr entstellt hatten. Die Reichswehr muss herangetrieben werden aus dem politischen Kampf. Sie muss sich selbst aus ihrem herausheben. Wir brauchen ein Vertrauensverhältnis der Reichswehr zu allen Parteien. (Fürm der Kommunisten!) Die Autröhren in Kästner werden die Schärfe des Getreys fühlen. Ihren Worten wird die Regierung auch Taten folgen lassen.

Der Kanzler berichtet dann der

finanziellen Verhältnisse.

Die Reichsbeimahmen blieben in einem Riesenmaße gegen die Ausgaben zurück, namentlich für die Unterstützungen für das befreite Gebiet. Die eingesparten Steuern waren notwendig. Leistungsschwache Steuerzahler sollen gestützt werden. Die Schaffung eines verbindlichen Geldes sei im Gange. Die Länder sollen finanziell wieder selbstständig gehakt werden. Das Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Kommunen muss grundsätzlich geändert werden. Die Länder sollen wieder die volle Verantwortung für die eigenen Ausgaben übernehmen, über eigene Einnahmen verfügen. Zwischen werden die Mittel für die Länder kontingentiert werden, damit äußerste Sparmaßnahmen erzielt wird. Kein Geist wird nicht verabschiedet, das neue Leben bringt, keine neuen Behörden und Beamten eingesetzt, keine neuen Verwaltungsarbeiter übernommen. Dazu gehört auch der Abbau der alten Gesetze und der jüngsten Verordnungen. (Beifall.) Mit technischen Maßnahmen könne man dem Währungskampf nicht begegnen. Wir müssen ein neues Geld schaffen und versuchen, die Wirtschaft zu retten.

Wenn es sich darum handelt, die Wehrpflicht des Reichs durchzuführen, so werde man, so rief der Kanzler den Kommunisten an, keine Veranlassung haben, ihn als einen Detektiv von dieser Idee hinzustellen. Eine Vorschlags für die unmittelbare Vergabe des Besitzes an das Reich seien wohl das Weitgehendste, was jemals ein Volk angeboten habe. (Hört, hört!) Es wurde der ganz große Gedanke aufgegriffen, auch das Vermögen der Privatwirtschaft festzuhalten, um aus der wirtschaftlichen Krise herauszutreten. Die Deutschen der Reichsregierung über die beschämende Behandlung der deutschen Angebote sei ein Stück Weltgeschichte. (Hört, hört!) Niemals soll aber aufgegeben werden, die Autorisierung der Wiederherstellung über das Recht

auf das deutsche Memorandum vom 7. Juni sei noch keine Antwort eingegangen, nicht einmal von England. (Hört, hört! rechts.) Selbst die Hingabe an ein internationales Schiedsgericht hat keine gemeinschaftliche Basis mit den Alliierten geschaffen.

Die Behandlung, die Deutschland seit dem Friedensvertrag von Versailles erfahren habe, deute in ähnlicher Form fort. Die deutschen Reparationsangebote seien das Weitgehendste, was jemals ein Volk angeboten habe. (Hört, hört!) Es wurde der ganz große Gedanke aufgegriffen, auch das Vermögen der Privatwirtschaft festzuhalten, um aus der wirtschaftlichen Krise herauszutreten. Die Deutschen der Reichsregierung über die beschämende Behandlung der deutschen Angebote sei ein Stück Weltgeschichte. (Hört, hört!) Niemals soll aber aufgegeben werden, die Autorisierung der Wiederherstellung über das Recht

ten hätten wir nie den Weltmarkt erobert. Sie ist noch weniger in einer Zeit zu ertragen, wo wir in einer ungemeinen Arbeitslosigkeit leben. Wo wir auch an die Arbeitsschafft und Beamenschaft mit der Forderung nach Mehrleistungen herantreten müssen, die vornimmt in freier Verbindung erledigt werden, oder auf dem Wege der Verordnung, wenn wir nicht lebenden Auges die Bereitstellung des deutschen Volkes zum Prinzip erheben wollen. (Vörm bei den Kommunisten.) Raum jemals hat ein Kabinett im schwächeren Zustand die Führung der deutschen Politik übernommen. Es werden von ihm Entschließungen in Tagen gefordert, wofür man früher Monate Zeit hatte. Es sind eine ganze Reihe von Maßnahmen in Aussicht genommen, die aber nicht durchgeführt werden können mit dem parlamentarischen Apparat, wie er ausgesprochen ist. (Lebhaftes Hörer, hör!) Herr von Graevenitz. Sie haben so oft nach dem Diktator gerufen, daß Sie nicht berechnet sind, hier hört, hört zu rufen. (Sicherheit und Unruhe.) Der Reichstag muß der Regierung ein Ernächtigungsgesetz geben. (Vörm der Kommunisten.) Der Belagerungsstaat wurde verhängt wegen der kriegerischen Tendenzen. (Gemeuter Vörm der Kommunisten. Abg. Remmels (Komm.) erhält zwei Ordnungsrufe.)

Es ist ganz klar, daß der Belagerungsstaat sich gegen diejenigen richtet, die für den Bekanntheit des Staates eine Gefahr sind. (Andauernder tobender Vörm bei den Kommunisten und Rufe: Vörm!) Der Reichstag muß der Regierung ein Ernächtigungsgesetz geben. (Vörm der Kommunisten.) Der Belagerungsstaat wurde verhängt wegen der kriegerischen Tendenzen. (Gemeuter Vörm der Kommunisten. Abg. Remmels (Komm.) erhält zwei Ordnungsrufe.)

Der Reichsführer schreibt: Wir haben Pflichten zu erfüllen, nicht nur in der Gegenwart, sondern auch gegenüber der Generation, die nach und kommt. (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien, Vörm und Pfarrer bei den Kommunisten.)

Die Kommunisten und Deutshöflichen fordern eine sofortige Aussprache über diese Regierungserklärung. Das Haus beschließt aber die Verlängerung bis Montag.

Mächtige Sitzung: Montag 12 Uhr. Aussprache über die Regierungserklärung. Ernächtigungsgesetz. Währungsbank. Schluss 4.00 Uhr.

Betrachtungen der französischen Presse.

Die französische Presse stellt Betrachtungen über die Umbildung des Ministeriums Stresemann und die vorgezogene Reichstagssitzung an. Sehr oft laufen die Betrachtungen der Blätter zusammen mit einer Kritik der letzten Curzon-Rede und mit einer Wiedergabe der in Düsseldorf stattgehabten Unterredung deutscher Industrieller mit General Degoutte. „Marin“ schreibt: Der Streik der Besiegten ist beendet; das hat der Reichskanzler gestern mit einem gewissen Mut verkündet. Zum ersten Mal seit Unterzeichnung des Vertrages von Versailles spricht die Vernunft in Berlin. Die Sozialisten und Sozialisten haben sich vor den Interessen ihres Landes gebeugt. Es springt in die Augen, daß die elementare Einfachheit nunmehr ganz Deutschland anempfiehlt, sich wie Stinnes, Krupp, Böögeler und Glöckner mit den Zahlen abzurechnen. In Berlin oder in München Widerstand leisten, wenn man im Rheinland und im Ruhrgebiet vorgegeben hat, würde Berlin und München um den Ruhm des guten Willens bringen, der sich in Bonn und in Essen zeigt. Der Reichsführer scheint bewußt zu haben, daß man jetzt zwischen der Reparationszahlung und der Auflösung Deutschlands wählen müsse. — „Petit Journal“ schreibt, im Augenblick sei nicht mehr von Diktatur die Rede, zweitfalls weil die, die ihr anzuschlagen, ihre Stunde noch nicht für gekommen seien. — „Gaulois“ sagt, die Rede Stresemanns entbehre weder der Reichstagslichkeit noch des Rutes. Sie sei deshalb geschickt, weil sie gegenüber Frankreich eine unendlich gemäßigter Sprache übte als Lord Curzon sie angewandt habe. Unglücklicherweise bleibe er dabei, beweisen zu wollen, daß die deutschen Vorherrschaft vom 7. 6. eine unerschämbarer Disfusionsball sei. Der gute Wille Frankreichs hänge von dem guten deutschen Willen ab. — „Figaro“ vertritt den Standpunkt, Stresemann habe durch seine Rede sich den Weg zu einer Verhandlung mit Frankreich versetzt.

„Ouvrier“ spricht von den beiden Hauptforderungen, die innerhalb von 24 Stunden durch Lord Curzon und Stresemann an die französische Regierung ergangen sind. Sie mögen ihre Wünsche und ihre Anprüche vorbringen. Es scheint nicht, daß der „L'Auto d'Orsay“ geneigt sei, Stresemann und Lord Curzon zu antworten. Man erkläre, das Gelübde enthalte alles. Auszählen aber beginne man sich damit, Maßnahmen zu ergreifen, um das Ruhrgebiet auszubauen, eine Operation, die nach dem Eingeständnis Poincaré nur zu unbedeutenden Zahlungen führen könnte, und die französisch-deutsche Regie begäne damit, im befreiten Gebiet den französischen Franken einzuführen, wodurch sie sich der Gefahr ausziehe, den Zusammenbruch der französischen Währung herbeizuführen. Was die Reparationszahlungen betrifft, scheine es, daß niemand mehr wisse, auch nur von dem zu sprechen, was höchstwahrscheinlich doch ein schlechtes Mittel sei, sie zu erlangen.

Angelas Heirat.

Roman von L. G. Moberly.

Nachdruck verboten.

3. Kapitel.

Eins — zwei — drei — vier; eins — zwei — drei — vier. Nein, Leni, das ist nicht richtig! Sieh genau hin, es ist doch ein punktiertes Viertel, also drei — e, vier — e, auf e kommt erst das g. Und nun noch einmal, Kind, langsam! Eins — zwei — drei — e — vier — e! Die Stimme der Sprechenden klang matt und abgespannt, als sie noch einmal mit dem Jählen begann, und die setten, kleinen Finger auf den Tasten quälten sich in vergnüglichen Versuchen, mit dem Jählen Lust zu halten. Aber Lehrerin und Schülerin waren müde; der Tag war brütend heiß, so ein Tag an dem jede Anstrengung eine Qual ist; und die Lust in dem engen, kleinen Kinderzimmer schien ganz besonders schwül und ständig. Trotzdem Fenster und Tür weit offen standen, vor es, als ob kaum ein Luftzug in den kleinen Raum dränge, und das bißchen, das herein kam, war mit der schweren, dunstigen Hitze eines Juliabends in der Großstadt gefüllt.

„Eins — zwei — drei — vier,“ begann die Lehrerin wieder mit einer Stimme, die immer matter und müder klang, und tells vor Ergröpfung, teils vor Hitze lieg ihr eine glühende Röte ins Gesicht. „Aber Leni, bitte, paß doch auf, du kannst dir doch wirklich merken, daß das Eis ist,“ rief sie ärgerlich, als des Kindes Finger die falsche Taste anschlug und dadurch einen Wohlklang hervorbrachte, der bei einer Temperatur von 24 Grad Raumur im Schatten ganz besonders schwer auf den Nerven fiel.

„Ich, es ist mir ganz egal,“ erklärte Leni leicht mürrisch und blieb trocken in das erhöhte Antlitz der Lehrerin, ich habe überhaupt kein Gefühl, wogegen man eigentlich das dumme Klavier lernt, und bei der heuchelnden Höre könnte man einen doch in Ruhe lassen! Ich wollte wirklich, wir wohnen nicht in dem gräßlichen, südlichen Berlin! Mutter könnte doch in einen Vorort ziehen! Und, ach, wenn ich doch nur nicht Klavier lernen müßte! schloß sie bestürzt. „Muß ich noch mal spielen, Fräulein Karberg?“

Der jungen Lehrerin hatte das Kind so aus der Seele gesprochen, daß sie sich verucht fühlte, Leni den Willen zu tun und die Stunde abzubrechen. Über sie war eine gewissenhafte junge Dame, und sie wußte, daß Leni außerhalb unmusikalische Mutter lebten. Wunsch.

Betrifft nur unsere Postbezieher!

Wir haben bereits unseren Lesern wiederholte bekanntgegeben, daß die weitere Geldentwertung sich besonders schwer bei dem Papierkreis auswirkt, da dieser seit dem 1. Oktober in Goldmark berechnet wird. Ein Wagon Deutschpapier kostet heute über 300 Milliarden, das Auto also über 30 Millionen M. Auch die übrigen Ausgaben haben sich der fortwährenden Wertentwertung angepaßt. Wir müssen daher auch in diesem Monat mit Beauftragten-Nachforderungen an unsere Postbezieher herantreten.

Dieselben Abonnenten, die das „Riesaer Tageblatt“ durch Rücktritt zugestellt erhalten, haben für die erste Woche im Oktober (vom 29. September bis 5. Oktober) 1923 gezahlt

23000000 M.

Für die zweite Woche vom 6. Oktober bis 12. Oktober betragen die Bezugssummen

46000000 M.

69000000 M.

Von unseren Postabonnenten sind aber nur eingesogen worden

24000000 M.

sodass dieselben

für die zweite Woche des Oktober

45000000 M.

nachzuzahlen haben. Gleichzeitig erhielten wir eine Vorausbuchung für die dritte Woche des Oktober in Höhe von 55 Millionen, insgesamt 100 Millionen.

Die Nachzahlung wird wieder auf dem Wege des Nachnahmeverfahrens erhoben. Wir richten daher an die Leser die höfliche Bitte, den Betrag für etwa den 11. Oktober bereit zu legen, damit die Nachnahme sofort eingelöst werden kann. Wir machen unsere Postbezieher besonders darauf aufmerksam, daß die Nachnahme bestimmungsgemäß nur einmal vorgesehen wird, doch also bei Nichteinlösung die Justiz der Zeitung unterbleibt.

Verlag des „Riesaer Tageblatt“.

Gegen die Verlängerung der Arbeitszeit.

Ein Aufruf des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Der Vorstand und die Leitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands (Alter Bergarbeiterverband) erlassen folgenden Aufruf: An die Bergarbeiter und Angestellten des deutschen Bergbaus! Die Bergbauunternehmer des Ruhrgebiets haben am 6. Oktober beschlossen, ohne Rücksicht auf Preis und Tarifverträge vom 9. Oktober ab im Ruhrbergbau die Kriegsarbeitszeit einzuführen. Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß dem Ruhrgebiet das übrige Deutschland mit einer ähnlichen Arbeitszeit folgen soll. Wir haben sofort veranlaßt, daß alle in Frage kommenden Organisationen an dem Plane aus Unternehmertreffen keine Stellung nehmen. Ginstweilen fordern wir sie auf, niemand möge sich einem Verlust an längerer Arbeitszeit, Gefahr und Tarifverträge gelten noch Arbeit weiter wie bisher, aber nicht länger. Laßt euch von keiner Seite zu Unbekanntenheiten hinreichen. Wartet die Weisung der Organisation ab.

Hugo Stinnes verhandelt im Rheinlande.

Der Düsseldorfer Berichterstatter der „Chicago Tribune“ berichtet, daß Hugo Stinnes am Freitag in Düsseldorf eingetroffen und sich in Begleitung eines französischen Offiziers zu Herrn von Krupp ins Gespansch begab. Die beiden Ruhrmagnaten plauderten eine Stunde. Nach der Unterredung habe sich Stinnes in das französische Hauptquartier zu General Degoutte, dem er ein Programm unterbreitete, das er mit Gründen im Gefängnis ausgearbeitet hatte. Der Korrespondent fügte hinzu, daß Herr Stinnes noch von verschiedenen anderen Industriellen begleitet war, die jedes Interview ablehnten. Wie die Telegraphen-Union in Berlin von gutunterrichteter Seite dort trifft es zu, daß Stinnes sich im Ruhrgebiet begeben hat, um dort Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit und die Wiederangliederung der Betriebe zu führen.

Hanns bestätigt die Nachricht der „Chicago Tribune“, daß General Degoutte die Industriellen Stinnes, Glöckner, Böögeler und den Bergwerksdirektor von Belsen empfangen habe. Im Laufe der Unterredung seien die Bedingungen über die Wiederaufnahme der Arbeit und die Wiederherstellung eines provisorischen Modus über die Sachlieferungen durchgesprochen worden. „Journal des Débats“ schreibt hierzu, es ist unantechbar, daß diese Verhandlungen möglich sein können unter der Bedingung, daß sie zu einer Neorganisation des normalen Lebens im Ruhrgebiet und nicht zu einer Regelung des Reparationsproblems führen, für die die alliierten Regierungen zuständig sind. Der Sonderberichterstatter des Blattes befürchtet, daß General

tonnte, als daß ihr ebenso unmusikalischer Sprößling Klavier lerne. Sie wußte außerdem genau, daß es zur Aufrechterhaltung der Disziplin dringend nötig war, daß Leni Stunde nicht auf den bloßen Wunsch des Kindes hin abgebrochen würde. Mit großer Selbstüberwindung rieb sie sich daher auf ihrem Stuhl hoch, lächelte ein müdes Lächeln, legte die Hand zärtlich auf Lenis braunes Haar und sagte in freundlich überredendem Ton:

„Nur noch einmal, Kind. Gib dir mal recht Mühe, dann geht's schon. Wir dürfen doch nicht einfach mit der Stunde aufhören, weil's ein bißchen heiß ist. Also komm, noch einmal! Ich bin seit überzeugt, du wirst jetzt richtig spielen.“

Aber die freundlichen Worte prallten an Leni ab. Sie hatte sich schon zu tief in Trost und Mühsam hineingebracht. Jetzt sah sie die Unterlippe vor, riss sie und zappelte auf ihrem Stuhl hin und her und fuhrte vor sich hin, sie werde Mutter fragen, ob sie so ein dummes Stück hundertmal hintereinander spielen müsse. Und Fräulein Karberg wußte genau, daß sie diese Drohung aussöhnen werde, und daß die Folgen für sie sehr unangenehm sein würden.

Aber Angela Karberg gehörte zu den Leuten, die ihrer Pflicht nicht aus dem Wege gehen, auch dann nicht, wenn die Ausübung derselben mit Unannehmlichkeiten verbunden ist. Leni Drohung bestärkte sie daher nur darin, so zu handeln, wie sie es für recht hält, und ohne auf des Kindes freches Gebrüll zu hören, fuhr sie fort, eins-für eins — zwei — drei — vier zu zählen, und es kam ihr vor, als wäre es mindestens zum hundertsten Male heute nachmittag.

Und rach! erklang wieder der ohrenzerreißende Misstrau, und der bohrende triumphierende Blick in Lenis Augen, wie der ganze trockne Ausdruck ihres Gesichts zeigte deutlich, daß es nur geschehen war, um die Lehrerin zu ärgern.

„Um Himmels willen, Fräulein Karberg,“ erscholl es da eine scharfe Stimme von der offenen Tür des Nebenzimmers, können Sie es denn gar nicht verhindern, daß das Kind diese entsetzlichen Läufe hervorbringt? Ich finde wirklich, an einem so heißen Nachmittag könnten Sie so viel Vernunft haben, daß Sie den Kindern etwas nachlassen. Sie denken wirklich nicht mit einem Gedanken an die Gesundheit der armen Kinder, aber auch nicht mit einem einzigen. Lieber Himmel, wenn ich mich nicht selbst um alles, aber auch alles kümmerte, was die Kinder angeht, trauten meine häuslichen Wirkungen mir sehr wenig.

Deputate niemand um sich gehabt habe, als er 8 Stunden mit den deutschen Industriellen verhandelt habe.

Pariser Delegatinnen hatten behauptet, daß die deutschen Industriellen Stinnes, Glöckner, Böögeler und der Bergwerksdirektor von Belsen im Auftrage der deutschen Regierung mit General Degoutte verhandelt hätten, ja sie hätten für diese Verhandlungen bestimmte Anweisungen von Dr. Stresemann erhalten. Demgegenüber erläutert die Montagszeitung, daß die beiden Behauptungen unrichtig seien. Weder habe ein Empfang der Industriellen beim Reichskanzler stattgefunden, noch habe dieser Anweisungen erteilt. Die Industriellen hätten also auf eigene Faust gehandelt.

Ministerzusammenkunst in Leipzig.

Die Montagszeitung aus Leipzig meldet, daß am Sonntag vormittag im Leipziger Volkshaus eine Konferenz des sächsischen Ministerpräsidenten Belauer mit dem thüringischen Staatsminister Gröblich stattgefunden, an der auch der Justizminister und Innensenator der Räte von Dresden und Weimar teilgenommen haben. Es soll sich bei der Besprechung um die Anbadung der von den Kommunisten in ihren Bedingungen für einen Eintritt in die Regierung geforderten Allianz der mitteldeutschen Staaten gegen den anwachsenden bayerischen Faschismus handeln. Als Ergebnis der Konferenz teilt das Blatt mit, daß der von den Kommunisten geforderte Note Block gewürdigt sei, d. h. daß zwischen den beiden Regierungen völlige Einigkeit über das Zusammensein der beiden Staaten besteht. Die politische Entwicklung in Thüringen werde sich entsprechend der in Sachsen gestalten. Die Kommunisten werden in die Regierung Gröblich eintreten.

Wie das Blatt weiter meldet, sollen die Gefahren, die durch diese politische Entwicklung in Mitteldeutschland für den deutschen Kaiserstaat entstehen könnten, den Reichsführer veranlaßt haben, den sächsischen Ministerpräsidenten Gröblich für Montag zu einer Unterredung mit ihm nach Berlin zu bitten.

Zur Regierungsbildung in Sachsen.

Die Einigung zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten ist vollständig zustande gekommen. Die Kommunisten werden das Arbeits- und Kultusministerium besetzen. Die Namen der neuen Minister werden heute bekanntgegeben werden. Die kommunistische sächsische Arbeiterzeitung begrüßt dieses Ergebnis mit den Worten, daß der Eintritt der Kommunisten in die Regierungen von Sachsen und Thüringen der Räte zur geschlossenen Auseinanderstellung des Abwehrkampfes sei. Das kommunistische Organ empfiehlt den politischen Massenkreis als das einzige Mittel, das den Widerstand der Faschisten aufhalten könnte.

Sofortige Mobilisierung des Besitzes.

Der erweiterte Vorstand des Gewerkschaftsringes hält Sonnabend vormittag im Reichstag eine Sitzung ab, in der er sich mit der gegenwärtigen Lage beschäftigt, wie sie sich nach der Einigung der Parteien darstellt. In diesen Verhandlungen vertrat man allgemein die Haltung des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei. Man war der Ansicht, daß die Durchführung der Maßnahmen auf Grund der vorgestellten nach Zustande gekommenen Formel nicht ohne gewisse Schwierigkeiten würde erfolgen können. Am Schlus der Sitzung wurde eine Entscheidung gefaßt, die u. a. folgendes enthält: Die im Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenvereine organisierten Arbeitnehmer verkennt nicht die schwierige Lage, in der Staat und Wirtschaft sich befinden. Sie sind bereit, an der Lösung der schwierigen Aufgabe mitzuverarbeiten. Sie verlangen aber die sofortige Mobilisierung der Wehrpflicht des Bezirks. Sie halten es für unvereinbar mit einer Staatsgründung, daß den Arbeitnehmern einzelt Berichte zugemutet werden, während die Unternehmer in Handel, Industrie und Landwirtschaft jeden Versuch einer gerechten Steuerbefreiung hartnäckig verhindern.“

Aufrufungen Dr. v. Rahrts.

München. Dr. von Rahr hat am Sonnabend mittag die Vertreter der auswärtigen Presse empfangen, um sie über die Gründlichkeit seiner Politik zu informieren und um ihnen die Richtigkeit der Berichte, die über Bayern verbreitet wurden, darzutun.

In seinen Ausführungen, die der Staatskommissar an die Pressevertreter richtete, bemerkte er u. a.: Die für die Familie und den einzelnen die Ehre als das höchste geltet, so geltet das auch für ein Volk; denn die nationale Ehre sei die Seele des Volkes. Infolge des langen Krieges habe das deutsche Volk seine Ehre nicht so verteidigen können, wie es notwendig gewesen wäre. Das

Zelt dazu lassen, dann wähle ich wirklich nicht, was irgendwie noch geschehen könnte. Kleine arme Kleiblinge könnten vor Anstrengung Gehirnentzündung kriegen, Ihnen würde nichts davon liegen.“

Frau Anna Diehl, Angela Karbergs strengste Herrin, hatte diese Tirade losgelassen, ohne sich auch nur einmal zu unterbrechen, und sie hätte wahrscheinlich auch jetzt noch nicht aufgehört, wäre ihr nicht der Atem ausgegangen. So begnügte sie sich dann damit, wütende Blicke auf das arme Kleinkind zu werfen. Angela war bei ihrem Eintritt vom Stuhl aufgesprungen, wahrscheinlich weniger aus Erbitterung, als weil sie sich stehen der imposanten Dame gegenüber nicht ganz so klein vorkam.

Lenis Mutter war offenbar von der Hitze sehr angegriffen, und dies trug nicht gerade zur Verstärkung ihres äußeren Menschen bei. Die Natur hatte sie schon so wie so etwas steifmütterlich bedacht, indem sie ihr eine Gesichtsfarbe gegeben hatte, die man eigentlich nicht mehr blühend nennen konnte, und diese etwas trügerische Färbung war nun durch die Hitze bis ins Bläuliche gefärbt, und dazu glänzte die Haut wie mit Speck eingerieben. Ein Hebenswürdiger Ausdruck hätte die Füße der wütenden Dame trocken anziehend erscheinen lassen können, aber dieser fehlte gänzlich, und es war ein geradezu boshafter Blick, mit dem sie das junge Ding mochte, das selbst noch sehr ein Kind war und mindestens ebenso heiß und müde und abgespannt aussah, wie Leni.

Es war gegen Frau Diehl's innere Überzeugungen, ihre Liebenswürdigkeit an eine Person zu verschwenden, die nichts weiter war als eine „begahlte Untergabe“, eine Art höhere Dienstmädchen. Sie verlangte von ihr wie von der übrigen Dienerschaft strenge Erfüllung der ihr übertragenen Pflichten und vielleicht auch noch etwas darüber, und sie wäre höchst erstaunt gewesen, hätte jemand ihr gesagt, daß sie dem jungen Mädchen gegenüber auch Pflichten habe. Fräulein Karberg wurde für ihre Arbeit bezahlt und hatte sie zu tun, ob das Wetter heiß oder kalt, sonnig oder trüb war. Frau Diehl hatte sie engagiert, um ihre Sprößlinge zu überwachen, zu erziehen und zu unterrichten, und sie sonderte es geradezu unglaublich, daß „die Person“ es nicht verstand, in jeder Hinsicht ihre gleicherweitgehenden Anforderungen zu erfüllen.

gäbe sich anders werden. Deutschland müsse sich seine Ehre und seine Pflicht im Weltkriege wieder erkämpfen und es müsse sich vor allem gegen die Lüge von der Kriegsschuld am Weltkriege und gegen den Vorwurf der Verübung von Kriegsgreueln mit aller Kraft wehren. Dazu wolle er das deutsche Volk, soviel es in seinen Kräften steht, aufzulösen. Eine Herauslösung dafür, daß ein Volk geachtet werde, sei, daß eine Staatsautorität und eine Staatsmacht vorhanden sei. Herr im Lande dürfe nur der Staat und niemand sein. Der Staat müsse aber auch ein Treubund sein, und alle Bürger des Staates müßten einander die Treue halten und einander stützen. Aus diesem Willen heraus erache sich von selbst, daß in Bayern keine Separationspolitik getrieben werden dürfe. Er würde weiter eine Verfassung im Bismarckischen Sinne. Das habe aber mit Separation gar nichts zu tun. Unter der Bismarckschen Zeit habe das deutsche Volk eine Zeit glücklicher Wohlergehend genossen. Heute sei das deutsche Volk aber eine Stammesgemeinschaft geworden, der sich auch Bayern nicht entziehen wolle. Bayerns Verbündeten mit den anderen deutschen Brüderstümern zahllose wirtschaftliche Bande und ebenso hielten hochwichtige ethnische und historische Bande Bayern mit den anderen Ländern zusammen. Die Frage der Errichtung einer Monarchie trete heute gegenüber dem Schicksal des deutschen Volkes zurück, wie es kürzlich Kronprinz Rupprecht in wahrhaftfürstlichen Worten zum Ausdruck gebracht habe. Die Politik nach innen müsse klar und eindeutig sein. Es nach seiner Überzeugung der Marxismus der Tod des Staates ist, müsse er vom Staat auch mit Nachdruck bestimmt werden. Bei dem Kampf gegen den Marxismus handle es sich um den Kampf zweier großer Weltanschauungen, die nicht nebeneinander bestehen könnten. Hier gebe es kein Votieren. In Deutschland habe der Marxismus mit seinen Experimenten schon hinreichend Schaden angerichtet, und wie es in Ausland steht, sei bekannt. Wenn der Staat Herr bleibende wolle, so müsse er auch die Herrschaft besitzen und müsse die Diktatur einer Klasse rücksichtslos niederkämpfen.

Bieder eine Sonntagsrede Poincarés.

Ministerpräsident Poincaré hielt gestern in Ligny-en-Barrois die angekündigte Rede. Er behandelte darin zunächst die Geschichtsschreibung im Ruhrgebiet in der bekannten Weise. Unter anderem hält er die französische Darstellung des blutigen Vorganges in Düsseldorf trotz des längst erdrachten Gegenbeweises nicht nur durch die amtlichen deutschen Feststellungen, sondern auch durch Berichte englischer Korrespondenten aufrecht. Sodann kam er auf die Ruhestörung im allgemeinen und auf die Beziehungen zu England zu sprechen. Er führt aus: „Welches auch immer die Männer seien, die morgen die Geschichte Deutschlands schaffen, wir wollen uns treu bleiben. Wie werden fortfahren, dauernde Fürsorge für unsere Sicherheit und für die Reparationszahlungen zu verlangen, und wie werden eift präzise Vorschläge entgegennehmen, wenn wir an Ort und Stelle festgestellt haben, daß der Widerstand aufgehoben hat und daß die uns geschuldeten Sachleidungen wieder einen normalen Verlauf genommen haben. Ich hoffe, daß mit der Zeit diejenigen unter den Alliierten, die unsere Haltung noch nicht genehmigt haben, sie schließlich zu beurteilen lernen. Die Publizisten, die in England eine demächtige Aenderung der öffentlichen Meinung in Frankreich erhoffen, täuschen sich schwer. Sie brauchen nur die jüngst abgehaltenen Beratungen der Generäle in Betracht zu ziehen. Außerdem werden sie ja auch sehen, daß die Mehrheit in den beiden Kammern die Regierungspolitik billigen wird. Wollen wir uns übrigens unter Alliierten zanken und nicht versuchen, uns zu verstehen? Gewisse Freunde sagen uns: Ihr habt Unrecht. Euch an den Versailler Vertrag zu klammern, es ist unaufhörbar. Warum sollen wir nicht antworten: Wenn er unausführbar ist, warum habt Ihr ihn unterzeichnet? Was schlagen uns diejenigen vor, die uns leiteten? In letzter Linie immer eine Herauslösung unserer Forderungen. Man sagt, daß Deutschland nicht bezahlen könne, was es schuldet, und gibt nicht zu, daß wir durch die Ruhebefreiung ein gutes Mittel in Händen halten, um uns bezahlt zu machen. Man vergibt, daß in dem Augenblick, in dem wir in Eisen einzogen, Deutschland sich für unfähig erklärt hatte, zu bezahlen, und daß es ein Motivatorium für mehrere Jahre verlangte. Sollten wir das Abgebot nicht bestätigen, so würden wir heute anscheinend eines vertraglichen Schuldners mit leeren Händen dastehen. Heute haben wir aber Pläne in Händen. Gewiß hat Deutschland alles Mögliche unternommen, um uns daran zu binden, sie auszubauen. Aber das wird ihm nicht gelingen, wenn es selbst ein Interesse daran hat, daß die Industrie im Ruhrgebiet nicht paralysiert wird. So bedeutsam übrigens auch die Reparationsfrage ist, sie ist nicht der einzige Gegenstand, den Frankreich und England miteinander gemeinsam zu behandeln haben. Hoffen wir, daß die Regelung, die uns am meisten interessiert, die Besoldung unserer Schäden und die Liquidierung der alliierten Schulden bald durch gemeinsame gute Absichten glücklich gelöst werden kann. Keine Nation hat einen aufrichtigeren Wunsch danach als Frankreich.“

Die französische Presse gegen Lord Curzon's Ausführungen.

Die Ausführungen Lord Cursons über die Politik der Alliierten gegenüber Deutschland werden in der französischen Regierungspresse zum Teil mit großer Heftigkeit abgelehnt. Allen vorig steht das Echo de Paris. Es schreibt: Wir finden, daß die von Lord Curzon gehaltene Rede alle vorangegangenen Kontroversen wieder aufleben läßt. Mit einer schönen Verwegtheit will Curzon Bürgern für die Neutralität der Berliner Regierung in der augenblicklichen Lage annehmen. Wenn man ihm glauben will, haben Stresemann und seine Kollegen sich nach Maßgabe ihrer Kraft bemüht, den passiven Widerstand einzuknoten. Curzon meint, wenn dieser Widerstand fortgesetzt werde, dann entspringe er allein der Initiative der Bevölkerung; aber, da die deutsche Regierung jetzt ihre Aufgabe erfüllt habe, stehe es Frankreich nicht mehr zu, die Stunde der allgemeinen Regelung länger hinauszuschieben. Das Foreign Office erwartet weitere Vorschläge, und Curzon fragt, welche Bünderverwaltung wir am rechten Rheinufer anstelle des militärischen Regimes einzuführen. Die Frage kommt sehr gelegentlich. Lord Curzon wiederholte seine Äußerungen aus dem Frühjahr und vom früher her und er sagt allen Deutschen, die noch widerstreben: „Haltest nur gut aus, die diplomatischen Verhandlungen, die die Stellung jedes Einzelnen festlegen werden, werden bald beginnen.“ Frankreich hat keine Verpflichtungen gegenüber Lord Curzon übernommen. Unsere Antwort auf seine Ansprüche wird mit wenigen Worten gelagert sein: Wir werden einen allgemeinen Reparationsplan erst erörtern, wenn das Bündervertrag ausgeführt sein wird, das seit dem 11. Januar begründet und in den besetzten Gebieten völlig ins Werk gelegt wurde. Denn von jenem Programm werden die Grundlagen der allgemeinen Regelung abhängig sein.

Parteitag der Berliner Sozialdemokraten.

Nach mehrwöchiger Unterbrechung wurde der Parteitag der Berliner Sozialdemokraten fortgesetzt. Der Montagabend zuletzt sprach für die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichsregierung der Abgeordnete Ochs, für

die radikale Minderheit der Abgeordnete Wusthäuser. Die Anträge, die die Teilnahme der Sozialdemokraten an der neuen Regierung Stresemann billigen, wurden nicht einmal von sovielen Delegierten unterstützt, daß sie nach der Geschäftsordnung zur Abstimmung gestellt werden konnten. Dagegen standen alle Anträge auf schärfste Mindestbilligung der Politik des Vorstandes und der Fraktion autoristische Unterstützung. Zu einer Abstimmung kam es keiner mehr nicht. Die Debatte soll in zwei Wochen zu Ende geführt werden. Auf dem zukünftigen Parteitag sollte eine Mehrheit den Befehlsvorstand, der in seiner überwiegenden Mehrheit auf dem Boden der Fraktionspolitik steht, sofort absetzen. Darauf kam es zu stürmischem Auseinandersetzung, da die sofortige Abstimmung den Ergebnissen widersprechen würde. Man einigte sich schließlich darüber, daß in der nächsten Versammlung die Abstimmung vorgenommen werden soll. Auch über den Antrag auf Absetzung der Mediation des Vorwärts wird in dieser Tagung entschieden werden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Ministerkabinett Wieneke gestoßen. Wie wir hören, ist der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen, Herr Ministerkabinett Wieneke, nach längerem schweren Leiden verschwunden.

Die Gewerkschaften und General Degoutte. Soviel bestätigt durch eine Depesche aus Düsseldorf die Nachricht, General Degoutte habe die Vertreter der Gewerkschaften empfangen und ihnen erklärt, er würde die Ausübung des Arbeitstags und die Führung des Feiertags an den Feiertagen im befreiten Gebiet. General Degoutte habe niemals die Vertreter der Gewerkschaften empfangen.

Sieben Deutsche zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt. Wie Bonn berichtet, bat der Präfekt der französischen Republik Millerand am 4. Oktober die Todesstrafe, die am 29. 6. wegen angeblicher Sabotage gegen 7 Deutsche vom Strafgericht in Mainz verhängt worden war, in lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt.

Das Verbot der "Deutschen Zeitung". Ein Antrag der Schriftleitung der "Deutschen Zeitung" auf Bekämpfung des vom Reichsministerium des Innern am 26. September ausgeschriebenen Verbotes der "Deutschen Zeitung" ist von dem Befehlshaber des Wehrkreises III abgelehnt worden.

Antisemitische Ausschreitungen in Bremen. In Bremen kam es Freitag abend zu antisemitischen Ausschreitungen schwerster Art. Es wurden auf der Bahnstraße und den übrigen Hauptstraßen alle jüdisch aussehenden Verlönen überfallen und mishandelt. Die Straßen wurden gesperrt und jeder Passant visiert, ob er Jude sei. Um den Ausschreitungen beteiligten sich etwa 600 Leute, die antisemitischen Kampfverbänden angehören. 15 bis 20 Personen wurden teilweise schwer verletzt. Die Ausschreitungen dauerten von etwa 7 Uhr abends bis in die frühen Nachtstunden. Die Schupolizei griff ein, ohne jedoch Verluste vorzunehmen zu können.

Geldtarif für 1924. Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde am Sonnabend vom Reichsfinanzministerium bestätigt, daß die Frage des Geldtarifs dort bereits bearbeitet werde, so daß mit der Vorlage eines Gesetzes für 1924 auf verbindlich Grundlage gerechnet werden könne.

Die "Berliner Volkszeitung" verboten. Der Befehlshaber im Wehrkreis III bat die im Massenverlage erscheinende "Berliner Volkszeitung" wegen Außerdiensthandlung gegen die Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 1. Okt. 1923 bis zum 14. Oktober verbieten.

Uzbekistan.

Arbeitsaufnahmen in den Bergwerken. Die Reichskonferenz der Bergarbeiter billigte mit 62 gegen 9 Stimmen einen Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit in den Bergwerken.

Küste.

Einzug der Truppen in Konstantinopel. Das berichtet aus Konstantinopel, türkische Truppen haben am Sonnabend ihren Einzug in Konstantinopel gehalten und wurden von der Bevölkerung mit großer Empfehlung begrüßt. Reuter meldet aus Konstantinopel: Hier ist eine Proklamation veröffentlicht worden, durch die die Zehnkästen 1894–98 der Einwohnerchaft Konstantinopels unter die Fahnen gerufen werden. Ihre Zahl wird auf 40 000 geschätzt, die Dienstzeit beträgt drei Jahre. Christen können sich für 30 Pfund jährlich freikaufen. – Aus Angora wird berichtet, der Ausschluß der Volkspartei habe beschlossen, den Namen "Türkische Republik" anzunehmen und Angora zur Hauptstadt zu erklären.

Griechenland.

Aufhebung des Generalkommisariats für Etsch-Bohmen. Das Echo von Etsch-Bohmen berichtet, die französische Kammer werde nach ihrem Zusammentreffen einen Gesetzentwurf herausgeben, wonach das Generalkommisariat für Etsch-Bohmen am 1. Juli 1924 aufgehoben werden wird.

Spanien.

Spanische Truppen aus Maroko zurückberufen. Aus Madrid wird gemeldet: Die politischen Kreise nimmt man an, daß Primo de Rivera umfangreiche Truppenkontingente aus Maroko zurückgezogen hat und zwar soll er sich nach der Beloreitung mit dem englischen, französischen und italienischen Gesandten zu dieser Maßnahme entschlossen haben, um den Wünschen dieser Herren gerecht zu werden.

Die Auflösung der Stadt- und Provinzverwaltungen. Die Auflösung der Stadt- und Provinzverwaltungen ist angeordnet worden.

Die Rundgebung der spanischen neuen Regierung vom Kronprinzen Jaume von Borbón. Die spanische Kronprinzessin Jaume von Borbón billigte in einer Rundgebung die neue Regierung und empfahl den Borbones, sie zu unterstützen.

Großer Beitrag in der Spanien-Amerikanischen Bank. Ein Telegramm aus Valencia teilt mit, daß in der Zweigstelle der Spanien-Amerikanischen Bank ein großer Betrag ausgezahlt wurde. Es soll sich um einen Betrag von mehreren Millionen Pesetas handeln. Zahlreiche Personen sind verhaftet worden. Nächste Einzelheiten fehlen, weil die Justizbehörde die Angelegenheit mit größtem Geheimnis behandelt.

Portugal.

Ein mißhafterutschter Putsch in Portugal. Aus Madrid wird gemeldet: Die Blätter veröffentlichen Berichte aus Vigo, wonach ein Aufstand in Porto niedergeworfen werden konnte. Die Mitglieder des revolutionären Aufschlags konnten die Flucht ergreifen. Das Haupt der Republikarde ist verhaftet worden. Mehrere Marineoffiziere sind gleichfalls festgesetzt worden. Diese Bewegung hatte einen rein politischen Charakter und war von radikalen Elementen ins Werk gebracht worden. Die Regierung hatte aber vorher die von den Vorbereitungen der Außenseiter Wind bekommen und sie ließ den strategischen Punkt in der Stadt von Regierungstruppen besetzen. Als die ersten Bomben geworfen wurden, konnten die Truppen bereits eingreifen. Ein großer Vorstoß von Waffen und Munition der Außenseiter konnte beschlagen werden.

Amerika.

Lloyd George in Rewort. Am Sonnabend ist Lloyd George dort eingetroffen und wurde von der Reworter Botschaften begeistert empfangen. Der Wei-

ter zu seinem Hotel fuhrte, war von einer nach Gunvertauenden zahlenden Menschenmenge belebt. In einem Interview erklärte der frühere englische Ministerpräsident, daß, wenn die Vorschläge des amerikanischen Staatssekretärs Hughes von den Alliierten angenommen worden wären, würde Europa besser dastehen. Er fügte hinzu, daß er hoffe und glaube, daß es noch Zeit sei, diese Vorschläge zu vernichten. Im Hinblick auf die Ruhefrage fügte Lloyd George aus, er sehe keine Verbesserung in der Situation, trotzdem Deutschland den vassilen Widerstand einstellte. Die Störungen im Wirtschaftsleben, so hoffe er hinzu, sind nicht dem Versailler Vertrag zuschreibbar, sondern der Art und Weise, wie er angewendet werde.

Örtliches und Sächsisches.

Niels, den 8. Oktober 1923.

Ende der Markenbrotversorgung. Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mitgeteilt: Die Befehle des Reichsrats zu dem Entwurf über die Brotversorgung werden in der Leistungsfähigkeit zum Teil darin gebunetet, als ob die Brotversorgung auf Märkten über den 15. Oktober hinaus nun doch wieder eingeführt werden solle. Die Auflösung entspricht nicht den Tatsachen. Nach dem Entwurf der Regierung und den im abgeleiteten Befehlen des Reichsrats bleibt es dabei, daß die Markenbrotversorgung am 15. Oktober ihr Ende findet. Damit es jedoch nicht zu Stockungen in der Brotversorgung der Bevölkerung kommt, gibt der Entwurf, wie er von der Reichsregierung vorgelegt und vom Reichsrat angenommen worden ist, die Möglichkeit, daß die Fleischwarenstelle in die Kommunalverbände, in denen etwa Schwierigkeiten auftauchen könnten, auf Antrag des Kommunalverbandes Brotgetreide bis zu 150 Gramm pro Tag täglich für den Kauf der bisher versorgungsberechtigten Bevölkerung hinausliefern. Dem Kommunalverband wird die Möglichkeit geboten, den Abzug dieses Getreides und des daraus gemahlenen Mehl zu überwachen.

Verarbeitung von Kartoffeln. Das Wirtschaftsministerium hat beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beantragt, die Verarbeitung von Kartoffeln, die zum menschlichen Genuss tauglich sind, zu Blöcken, Würfeln oder Stückchen bis auf weiteres zu verbieten und überdies das Brennstofftingement einzuschränken. — Gemeindebeamtenamt. Vom 5.–7. Oktober tagte in Bautzen der Sächsische Gemeindebeamtenstag. Nach eingehenden Sonderberatungen des Vorstandes und Gesamtvorstandes der Fachgruppen erledigte man zunächst am Sonnabend nachmittag die geschäftlichen Dinge. Finanzfragen, Wahlen, Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungen, Neuauflage der Bestimmungen über die Wahlberechtigungen bildeten Begrüßungsabende und ein Vortrag des Syndikus des Deutschen Beamtenbundes Dr. Waldbmann, der in letzter Minute für den leider behinderten Staatssekretär Dr. August Müller (Berlin) eintrat, über das diesem gestellte Thema: Die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands und die Beamtenschaft. Der Vortrag kennzeichnete im umfassender Weise den Zusammenhang zwischen der Finanzpolitik des Deutschen Reiches und der inneren Politik des Deutschen Reiches und die Stellung des deutschen Beamtenbundes. Einen weiteren Hauptpunkt der Verhandlungen bildete die Stellung zum Programm des Deutschen Beamtenbundes. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes vorgelegte Entwurf, der verschiedene Abweichungen von dem Entwurf des Vorstandes des Deutschen Beamtenbundes enthielt, wurde nach längerer Aussprache mit großer Mehrheit angenommen; verschiedene Anträge, die sich in der Richtung des Programms des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes bewegten, wurden abgelehnt. Weitere Entscheidungen wurden im Anschluß daran ebenfalls angenommen. Am Sonnabend abend wurde die Tagung unterbrochen durch ein heftiges Beisammensein mit zahlreichen Darbietungen durch die Gruppe Bautzen.

Der Landesausschuß der Sächsischen Handwerke hat in einem dringenden Schreiben an den Reichskanzler die Errichtung eines Staatssekretariats für das Handwerk gefordert, um die wirtschaftliche und rechtliche Gleichberechtigung des Handwerks mit den übrigen Berufsgruppen zu gewährleisten. — **Ausländerbeschäftigung in der Landwirtschaft.** Die Beschäftigung von Ausländern in landwirtschaftlichen Betrieben ist, wie in den vergangenen Jahren, auch für 1924 von der Genehmigung durch das Landesamt für Arbeitsvermittlung abhängig. Für das Genehmigungsverfahren ist die Verordnung des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung vom 2. Januar 1923, veröffentlicht in Nr. 15 der Staatszeitung vom 18. Januar 1923, auch für das Jahr 1924 maßgebend. Das Landesamt für Arbeitsvermittlung in Dresden hat angeordnet, daß die Anträge auf Weiterbeschäftigung und Neueröffnung getrennt bis zum 27. Oktober 1923 bei dem zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis zu stellen sind. Gedruckte Formulare sind bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen anzufordern. Später eingehende Anträge können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden. In Betracht der besonders im Freistaat Sachsen möglichen Arbeitsmarktlage wird schon heute darauf hingewiesen, daß die Genehmigung zur Beschäftigung von Ausländern nur in ganz dringenden Fällen und zur Vermeidung von Hörtaten erteilt werden kann. Die Anträge sind nicht an das Landesamt für Arbeitsvermittlung direkt zu richten, sondern an den zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis des Bezirks, in dem der Antragsteller wohnt.

55 Millionen für eine Silbermark. Der Aufkauf von Reichs Silbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 8. 10. 1923 ab bis auf weiteres zum 55 millionenfachen Betrage des Nennwertes. — **Verfälschung Reichsbanknoten.** Betrüger haben wiederum Reichsbanknoten in Verkehr zu bringen gesucht, die durch Stempelaufdruck mit einer höheren Wertangabe versehen sind. Vor Annahme dieser verfälschten Noten wird gewarnt mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß von sämtlichen Reichsbanknoten nur die zu einer Million Mark mit dem Datum vom 15. Dezember 1922 (1. Ausgabe) durch Anbringung eines Überdrucks, lautend: „Eine Milliarde Mark“ auf Vorder- und Rückseite einer Note, die ursprünglich über 1000 Mark lautete, entstanden ist. Bei allen übrigen Reichsbanknoten stimmt der Nennwert mit dem des Schätzgutes überein; dies gilt auch für die Reichsbanknoten zu einer Milliarde Mark vom 25. Juli 1923 (4. Ausgabe), bei welcher auf der Rückseite unter der Währung „1.000.000“ zwei hell erscheinende Zahlen 20000 sichtbar sind.

Verlobung im ehemaligen sächsischen Königsbau. Prinzessin Anna, die jüngste Tochter des fröhlichen Königs von Sachsen, hat sich am 8. Oktober in München mit Grafen Joseph, dem Sohn des Feldmarschalls Grafen Joseph Iosef in Budapest verlobt. Die Braut ist am 4. Mai 1898 in Lindau geboren, der Bräutigam am 28. März 1895 in Brünn. — Kronprinz Georg wird in nächster Zeit das Seminar in St. Peter im Schwarzwald besuchen, um dort seine theologischen Studien weiterzuführen.

Werkwirk bei Cölay. Ein entzückender Unfall ereignete sich hier beim Gütesicherer Werner. Der Kellner hatte eine Fuhre Baumstämmen geholt und sie in den Hof gekippt,

zöglich löste sich einer der Elümme und schlug herunter, unglücklicherweise auf das eineinviertel Jahre alte Kind des Verfers. Dem Kind wurde der Kopf zerquetscht, so daß der Tod sofort eintrat.

Daher. Wie so viele Krankenkassen, hat auch die kleine Ortskrankenkasse infolge der namentlich in letzter Zeit eingetretene allgemeine schwierige Verhältnisse mit schweren finanziellen Rüten zu kämpfen. Daßt nun das vorhandene Defizit sich nicht noch mehr verschärft, wurde in letzter Vorstand- und Ausschusssitzung beschlossen, die noch nicht lange eingesetzte Familienkassenunterstützung solange einzustellen, bis wieder bessere Verhältnisse eingetreten sind.

München. Auf den Güterzug 10 812 ist am 5. Oktober früh 5 Uhr in Altmühl ein Anschlag verübt worden informen, als von der Weiche die Weichenklau mit Schenkel abgenommen und in das Herzstück der Weiche gesammelt und außerdem noch ein Fensterladen auf die Schiene gelegt war. Glücklicherweise hat die Lokomotive den Weichenstiel und den Fensterladen nur zerkrümmt. Dadurch ist eine Entfernung des Zuges noch zu vermeiden gewesen, da der Ausführer den Zug noch zum Halten bringen konnte. Alle Personen, die über die in Betracht kommenden Schäden irgendeine Auskunft geben können, oder irgendwelche verdächtigen Merkmale wahrnommen haben, wollen diese sofort der Polizei melden.

Dresden. Das Kreisamt des Polizeipräsidiums teil folgendes mit: Um den Leibniz unthalbar gewordenen Zuständen in der bislang Neuen Gasse, Centralberge nimmt zu befreien, fand am vergangenen Freitag in den Nachmittagsstunden dorfseitig eine Plazza durch einen jüngeren Angestellten des Polizeipräsidiums statt. Auf Polizeikraften wurden etwa 300 Personen beiderlei Geschlechts nach dem Polizeipräsidium gebracht. Wenn Gelichtwerdens und sonstiger Folste wurden 26 Personen in Haft behalten. In Zukunft sollen derartige Plazzen häufiger durchgeführt werden.

* Wildbrunn. Alarisch erschien ein jugendlicher Radfahrer in einer Wirtschaft zu Kaufhof und forderte von der allein anwesenden Kellnerin die Herabsetzung von Speck und Eiern. Als ihm dies die Frau nicht an geben vermochte, verlor sie die Fassade die Frau bis in die Knie und schlug auf sie mit einem Tischlader ein. Auf die Hilferufe der Frau stob der Mann mit seinem Rad.

Chemnitz. Am Sonnabend abend ereignete sich auf dem bislang Hauptbahnhof ein bedauerlicher Unglücksfall. Ein dort bedeuteter 24 Jahre alter Manoierarbeiter aus Überleutens ist von einer im Gang befindlichen Lokomotive abgestoßen und von einer weiteren ebenfalls im Gang befindlichen Lokomotive erreichten. Dabei ist er von einer entgegenkommenden Locomotivne erschlagen und dicht an den Schienenstrang geschleudert worden. Dem Verunfallten sind beide Unterarmen platt abgeschnitten worden; er ist sofort in das Stadtkrankenhaus an der Rittergasse Straße überführt worden. — Auch ist am Sonnabend abend auf der Bernsdorfer Straße der hier, Turnstraße 40, wohnende Eisenhauer Heinrich Bruno Schmidt von einem Berliner Kraftwagen angefahren und am Boden geschleudert worden. Zu schwererem Zustande wurde er nach dem Stadtkrankenhaus gebracht, wo er kurz darauf verstorben ist.

Leipzig. Sonnabend nachts gegen 12 Uhr ist auf der Landstraße hinter Amsdorf das Auto eines Leininger Fabrikbesitzers durch etwa 10 junge Burschen, die bewaffnet waren, angehalten und am Weiterfahren verhindert worden. Bei dem Versuch weiterzufahren, wurden, wie die "D. N. R." berichten, drei Schüsse auf das Auto abgefeuert, wodurch niemand verletzt, aber eine Scheinwerferlampe zerstört wurde. Auf die Frage, mit welcher Berechtigung sie hier aufgehalten würden, wurde erwidert, daß würden sie schon leben, wenn sie ausgefeuert wären. Die Jungen (der Besitzer mit seiner Frau und zwei verwandten Damen) wurden unter Bedrohung mit der Pistole gezwungen, auszusteigen und hinter das Auto zu treten. Erst jetzt wurde ihnen erklärt, daß das Auto zwecks Unterbringung nach Waffen an gehalten worden sei. Die Leute hingen hinauf, sie wären zur Unterbringung der Polizei da und hätten eine Kontrolle eingerichtet. Eine Bekleidung darüber konnten sie natürlich nicht vorzeigen. Nach vorgenommener Durchsuchung wurde dann die Weiterfahrt freigegeben.

Um die Gehälter der Beamten.

Die Besprechungen über die Regelung der Beamtengehälter, die Sonnabend nachmittag im Reichsfinanzministerium zwischen Vertretern der Regierung und des Deutschen Beamtenbundes fortgesetzt wurden, haben noch zu keiner Einigung geführt. Die Plenarien beider Parteien stehen sich nach wie vor gegenüber; besonders handelt es sich um die Frage, ob eine Anpassung der Gehälter an die Geldentwertung nachträglich für das abgelaufene Vierteljahr stattfinden soll. Die Entscheidung darüber will man dem neuen Kabinett überlassen, und zwar hofft man auf eine endgültige Lösung der Schwierigkeiten schon am Montag, da infolge der fortbreitenden Geldentwertung selbstredend Hilfe geboten ist.

Vom Reichsgericht.

Polnische Guisanage in Oberösterreich bildete den Gegenstand einer fünfjährigen Verhandlung vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts gegen 18 Angeklagte. Der Ausführer war ein gewisser Romantowski alias Berger, der früher Offizier der Reichswehr war und dann als polnischer Lieutenant Spionagedienste leistete. Er hatte den Auftrag, mit Hilfe verschiedener Agenten Verstand, Stärke und Organisation der Reichswehr festzustellen, ebenso das österreichische Selbstschutzes. Da er ein umfassendes Gefündnis ablegte, das Festnahme der Mitschuldigen ermöglichte und weitere Mitteilungen an den polnischen Generalstab verhinderte, erhielt er nur 5 Jahre Gefängnis. Seine Mittäter, die zum Teil schwere Einbrüche verübt hatten, um für Material zu verkaufen, wurden zu Haftdauern von 3 bis 8 Jahren und Strafverlust von 5 bis 10 Jahren verurteilt. Nur zwei Angeklagte fanden mit Gefängnisstrafen von 2 Jahren davon.

Vermisstes.

Grubenunglüx in Oberösterreich. Auf der Grubba-Grube bei Rottowitz ereignete sich ein schweres Unglück. Durch den Einsturz eines Stollens wurden sieben Bergarbeiter verschüttet. Die Bergungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen, bis jetzt ist über ihr Ergebnis noch nichts bekannt. — Der schon vor einer Woche ausgedrohene unglaubliche Grubengebäude im Dombrowsker Revier konnte noch immer nicht gelöscht werden. Der Brand hat sich im Gegenteil weiter ausgedehnt und auch höher liegende Sohlen ergreift. Nach den letzten Feststellungen müssen sich in den brennenden Gebäuden noch sechzehn Leichen befinden. Man befürchtet, daß das Feuer auch noch auf die in der Nähe des Schachtes liegenden Pulver- und Dynamitlager übergreifen könnte. Die Bemühungen, den Brand zu lokalisierten, sind mit allergrößten Schwierigkeiten verbunden und neuerdings durch die Verlagerung der Wasserhaltungsmaßnahmen besonders erschwert.

Schweres Unglück bei Schießübungen. Bei Schießübungen mit Fliegergeschützen ereignete sich in Villau ein schweres Unglück. Teile eines Geschützverblusses wurden vermutlich infolge eines Ölfeuerreißers abgesplittet. Durch die umstehenden Gläser wurde der Artillerieoffizier der 1. Division, Oberst Borchert, und ein Kanonier getötet, zwei Kanoniere schwer und mehrere leicht verletzt. Dem Oberst wurden durch die Geschützteile die Schlägader der beiden Beine durchschlagen. Er verblutete in wenigen Minuten.

Ein Juweliergeschäft ausgeraubt. Mit großer Dreistigkeit wurde am Sonnabend in Weihenstephan ein Goldwarengeschäft ausgeraubt und für etwa 100 bis 150 Millionen Mark Gold- und Silbersachen geholt. In der Gustav-Adolf-Straße 103 betreibt der Goldwarenhändler Otto Eichard ein Ladengeschäft. In den Mittenstunden von 1 bis 3 Uhr schloß er das Geschäft, und ein kleiner entsprechernder Platz an der Tür weist die Rundheit darauf hin. kaum hatte er den Laden geschlossen, da fuhr ein Privatautomobil vor, dem ein gut gekleideter Herr entstieg, der genau so, als ob er der Inhaber des Geschäfts sei, auf das Geschäft aufdrückt und in kurzer Zeit das Sicherheitschloß mit Elektroseilen öffnete. Ungeachtet der Vorübergehenden machte er sich nun daran, nicht nur die Schmuckstücke in dem Laden, sondern auch die, die im Schaufenster auslagen, zusammenzupacken und in eine braune gerippte rindlederne Attentasche des Juweliers zu packen. Mit der gefüllten Tasche, die Gold- und Silbersachen aller Art, Armbänder, Uhrzeuge, Ketten, Manschettenknöpfe usw. enthält, verließ er dann das Geschäft und bestieg in aller Ruhe das Privatautomobil, mit dem er dann unangestochen davonfuhr. Als der Geschäftsinhaber um 3 Uhr zurückkehrte, fand er die Ladentür geschlossen und das ganze Geschäft ausgeraubt.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 8. Oktober 1923.

Aufhebung eines wilden Zeitungsbetriebes.

* Berlin. In der Nacht zum Sonntag drohte eine Streife der Schutzpolizei in ein Schenkklo in Berlin-N. ein, wo kommunistische Zeitschriften und Zeitungen aufgefunden wurden. Die Pakete im Gewichte von etwa zehn Zentnern wurden beschlagnahmt.

Verbote Vereine.

* Lübeck. Das Lübecker Polizeiamt hat folgende Vereinigungen verboten: Schlageterbund, Freiheitbund und proletarische Hundertschaft.

Ausweisung der Schutzpolizei aus Düsseldorf.

* Düsseldorf. Die gesamte Schutzpolizei, mit Ausnahme der Mannschaften und Offiziere, gegen die ein Verfahren in die Wege geleitet wurde, hat den Ausweisungsbefehl erhalten. Die Ausweisung derjenigen aus dem Rheinlande und Westfalen kommenden Leute, die bereit sind, in die blaue Polizei überzutreten, wurde zurückge-

Deutiger Dollarkurs (amtlich): 850095000 M.

Gernpreismeldung, ohne Gewähr.

nommen. Die Schutzpolizei amten wurden unter schwerer Bedeutung von Kavallerie und Panzerautos nach dem Befehlkommando gebracht, von wo sie wahrscheinlich geschlossen über die Grenze gebracht werden.

Neue Verhaftungen im Ruhrgebiet.

(*) Essen. Gestern sind der Geschäftsführer der "Arbeiterzeitung" Staude und der politische Redakteur Hama-ker von dem Grenzpolizisten verhaftet worden.

Eröffnung der Kieler Herbstwoche.

(*) Kiel. Die vierte Kieler Herbstwoche für Kunst und Kultur ist gestern mit einem Feierabend in der Akademie feierlich eröffnet worden. Unter den musikalischen Darbietungen ist an erster Stelle die dreijährige Regisseurin zu nennen. Gemäß und fachgewerbliche Ausstellungen liegen sich in den Räumen der Herbstwoche ein, die angesichts der schweren Not unseres Vaterlandes einen durchaus ernsten Charakter trägt.

Anarchistenverhaftungen in Paris.

(*) Paris. Gestern wurde hier ein Kongress internationaler Anarchisten eröffnet. Die Polizei hatte verschiedene Maßnahmen getroffen. Es wurden gestern drei ausländische Delegierte festgenommen. Es handelt sich um den Vertreter Schwedens Björklund, den norwegischen Delegierten Swenson und den Gesandten des Schweizer Anarchisten-Vereins, letzterer ist der Direktor einer anarchistischen Zeitschrift in Genf. Es verlautet, daß die drei Delegierten vorausgekommen worden sind. Die drei Delegierten werden vorläufig aus Frankreich abgeschoben werden.

Die britische Reichskonferenz zur Regelung der Reparationsfrage.

(*) London. Die "Times" drückt die Sichtung aus, daß es ihre Aufgabe sei, im richtigen Augenblick zu führen und nicht zu folgen, instande sein, einen konkreten Plan für die Regelung der Reparationsfrage vorzulegen. Wenn man die Dinge noch länger treiben läßt, so werde Deutschland sicher in einen derartigen Zustand der Schwäche und Anarchie geraten, daß die Behandlung der Reparationsfrage aufhören werde. Irgendein unmittelbares praktisches Ergebnis zu haben, während die deutschen Bahnlungen auf den Nullpunkt gefallen seien würden und die Kosten ihrer Einziehung oder vielleicht des Verlusts ihrer Einsicht ins Wiesenthal erwachsen. Eine umfassende Erklärung über diese Frage, besonders gegenüber dem französischen und dem belgischen Volke, sei bereits überfällig. Die "Times" drückt die Hoffnung aus, daß die Teilnehmer an der heutigen Reichskonferenz ihren Einstellung seitlich bezüglich dieses äußerst wichtigen Punktes zu dringen.

Goldwirtschaft.

The Landabgabe. Der Umrechnungstab für die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und arbeitsmarktrelevanten Betriebe beträgt für die Zeit vom 10. Oktober bis 12. Oktober einschließlich 137 Millionen für je eine Goldmark (bis zu 6900000).

The Goldzollaufschuß. Für die Zeit vom 10. bis 12. Oktober einschließlich beträgt das Goldzollaufschuß 13 699 999 900 vom Hundert (eine Goldzollmark gleich 137 Millionen Papiermark).

The Rückschluß des Börsenvereins Deutscher Buchhändler ist ab 8. Oktober 100 Millionen.

Markbericht.

Auf dem Großenhainer Wochentisch stellen sich am Sonnabend die Preise von Pfund wie folgt: Holzdecker 3 Mill.; Kastanienholz, bisges., 3 Mill.; Weißkraut, bisges., 2,5 Mill.; Weißkraut 2,5 Mill.; Blaumennig 5 Mill.; Gelblinde 15 Mill.; Champignon 15 Mill.; Sanddornblüten 15 Mill.; Tomaten 5 Mill.; Weintrauben, hiesige, 12 Mill.

Amtlich festgestellte Preise an der Produktionsstätte zu Berlin per 50 kg ab Station vom 6. Oktober. (Preise in Millionen Mark.) Weizen märkte 900—990—970. Steigend, Schlaf abgeschrägt, Roggen märkte 880—905. Steigend, Gerste, Sommergerste 880—880. Steigend, Hafer, märkte 780—800, pomerisches 770—780. Get., aber bill. Weizenmehl per 100 kg frei Berlin brutto inf. Sac (feinste Marken über Notiz) 3200—3700. Steigend, Roggenmehl per 100 kg frei Berlin brutto inf. Sac 8100—8400. Steigend. Weizenkleie frei Berlin 425—450. Get., Roggenkleie frei Berlin 425—450. Get., Nasdfutter 675—700.

Wechseltarife im Briefverkehr vom 6. Oktober

bis mittags 12 Uhr.

Holland (1 Gulden) 293 Mill. Nämemark (1 Krone) 133 Mill. England (1 Pfd. Sterl.) 34 000 Mill. Amerika (1 Dollar) 746 Mill. Schweiz (1 Frank) 133,5 Mill. Frankreich (1 Franc) 44,2 Mill. Italien (1 Lira) 88,5 Mill. Österreich (1 Krone) 10 400 Mill. Tschechoslowakei (1 Krone) 22 Mill.

Gast- und Konzerthaus Stadt Leipzig. Mittwoch, 10. Oktober großes oberbayrisches Schrammel-Konzert.

Gröba, Zentraltheater
Heute unverdrosslich letzter Tag:
Fridericus Rex 4. und letzter Teil.
Dienstag bis Donnerstag
das große Doppelprogramm:
**Die Jagd auf Schurken
(Das 8-Groschenmädchen)**
Abenteuer- und Kriminalfilm in zwei Teilen
und 12 Akten. Beide Teile werden zusammen
in einem Programm gezeigt.
Vorführungen ab 1/2 Uhr.
Um gütigen Zuspruch bitten Anna Sach.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen, des Fleischermeisters
Ernst Heinrich Hubricht
sagen wir allen nur hierdurch unserer aufrichtigsten Dank.
Neuwalde, 8. 10. 1923.
In tiefer Trauer
Pauline verlo. Hubricht u. Kinder.

Bereinsnachrichten

D. O. S. Do. 11. 10. Öffn. 65. nicht. Besprech. Rieser Sportverein. Freitag 8 Uhr Versammlung Schachclub. Wichtige Tagesordnung.

Gastwirtverein Riesa und Umge. Mittwoch, 10. Oktober, nachm. 1/2 Uhr Versammlung beim Rossoen Große, Gasthof Gröba.

Schlafstelle oder ein. mögl. Zimmer zu mieten gefunden. Angebote unter C 3 759 an das Tochterblatt Riesa.

Burkligesetzt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen, des Herrn Richard Seurig

danken wir hierdurch den Kollegen der Rep.-Werkt. der Fa. L.P.A. Werk Riesa, den Anwohnern der "Neuen Hoffnung", dem Komischen-Büroverein Riesa, dem Bürgerverein "Froh Ged", Rappi, der Krankenhauswirter Olie, allen lieben Bekannten für innige Anteilnahme, Gelüste und freiwilliges Tragen, für den Gefang., für opferbereite und drätzliche Bemühungen und für die trostreichsten Worte. Dies hat unseren Herzen wohlgetan. — Dir, lieber Bruder und Vater, rufen wir ein "Ruhe sanft" u. "Habe Dank" in die Ewigkeit nach. Riesa a. Elbe, 6. 10. 1923.

Die tieftrauernde Gattin Anna Seurig und Kinder.

Achtung! Beitrags-Ergänzungstabelle ab 8.—14.Okt.23.

Lohn.	Wochen-Stufe	Wochen-verdient	Wochen-beitrag	Unterrichts-nehmers	gebers
77	1666 Mill.	141120	94080	47040	Mill.
78	1872,5	158700	103840	52920	Mill.
79	über "	1872,5	178940	118860	59430

Die Beiträge laufen auf je 1000 M. Die Lohnstufen kommen bis 68 in Betracht.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 an werden in den veröffentlichten Lohnstufen 40—50 der Zulässigkeitsverhältnisse die Arbeitsverdiene, die Beiträge und der Geldwert der Beitragsmarken verhängt. Für Verdiene, deren Arbeitsverdiene täglich 40 Millionen Mark nicht erreicht, gilt Lohnstufe 36 mit einem Wochenbeitrag von 1,4 Millionen Mark.

Allgem. Ortstromentassen Riesa und Gröba.

Von jetzt an kommt jeden Dienstag früh Seefisch zum Verkauf Ernst Schäfer Nach.

Buverlässigen Bierpreiserhöhung

ab 9. Oktober 1923.

1 Glas Vollbier hell 15 Mill.

1 Glas Spezial- o. Exportbier 18 "

Limonade oder Saft 15 "

Cola 15 "

Gastwirtverein Riesa und Umgegend.

Pianos Tafelklaviere billig zu verkaufen.